Nummer 27 — Halle, Dienstag, den 2. Februar 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Bezugspreis durch Boten monatlich 0.60 Reichsmark, durch Bezugsstellen ohne Bringerlohn 1.20 Reichsmark, durch die Post 0.60 Reichsmark o. Bestellgeld. Anzeigen-Preis: Die 7 gespaltene Millimeterzeile 0.40 Reichsmark, die Reklamezeile 1.20 Reichsmark. Bei Wiederholungen Nachlaß nach Rabattsatz. Die Anzeigen werden nach Rabattsatz berechnet; die Zeile 0.60 Reichsmark. Für Anzeigen, die in gleicher Ausstattung in der „Mitteldeutschen Zeitung" erscheinen, entsprechende Grundpreise. Verlag: Saale-Zeitung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Halle a. d. S., Geschäftsstelle 17. Jahrgang. Gemeinde-Konto 7423. Bankkonto: Mitteldeutsche Bodenkreditbank, Filiale Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22013. Geschäftsführer u. Geschäftsleiter: Halle.

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme

Von zahlreichen Blättern verbreitete Nachricht, die großen deutschen Eisenbahnerverbände hätten beschlossen, in der kommenden Woche einen Demonstrationsstreik zu veranstalten, entspricht nicht den Tatsachen. Die Auffassung der Verbände geht dahin, daß das Reichsbahngericht in Leipzig im vorliegenden Falle nicht zuständig sei, und daß der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft seine ablehnende Haltung gegenüber der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs nicht werde aufrechterhalten können.

*

Der Reichsrat hat den vom Reichstag angenommenen Etat für 1925 in verschiedenen Punkten abgeändert, so daß der Fehlbetrag von 62,8 Millionen verschwindet. Das Gesetz muß nun nochmals vor den Reichstag gehen, der hoffentlich ebenso an Sparsamkeit denken wird.

*

Nach Berliner Meldungen hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Berlin in der vergangenen Woche sich um 13 000 auf 228 000 Personen vermehrt. Von diesen beziehen 156 000 Erwerbslosenunterstützung.

Sonnabend, den 30. Januar, sind nach gewerkschaftlicher Mitteilung in Groß-Berlin 11 250 neue Kündigungen ausgesprochen.

*

Kommunisten überfielen am Sonnabend abend in einer Turnhalle in Berlin die dort turnenden Mitglieder des Turnvereins Theodor Körner unter den Rufen: „Rache für Charlottenburg" und begannen sie nach Waffen zu durchsuchen. Die inzwischen alarmierte Schutzpolizei traf die Kommunisten noch in der Turnhalle und nahm neun von ihnen fest.

*

Acht Mitglieder der kommunistischen Jungsturmes wurden vom Schöffengericht Bochum wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung

*

Der „Vorwärts" stellt zu den Meldungen über die Kampfzeit in der Fürstenvermögensfrage fest, daß die Gesamtheit der Partei auf einem Volksentscheid beharrend bleibe. „Immerhin dieser sich mit verfassungsrechtlichen Mittelchen im Reichstag verlieren sollte, müsse den anderen Parteien überlassen bleiben.

*

Die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und an die Ministerien des Reiches und der Länder mit dem Ersuchen herangetreten, an den geeigneten größeren Universitäten besondere Lehrstühle für Arbeitsrecht und Hilfsdisziplinen zu errichten. Diese Lehrstühle sollen mit arbeitslosen Professoren besetzt werden. Außerdem sollen überall Arbeitsrechtliche Seminare geschaffen werden.

*

In Berlin beschlagnahmte die Kriminalpolizei zum Ausgehen der „Welt am Abend" wegen einer Artillerie Keiner Maschik Marine. Erinnerungen eines Landesverräters aus der Marinemeuterei 1917", die aus einer neuen Enthüllungsschrift beschlagnahmten Broschüre „Erinnerungen eines Landesverräters" Überhaupt beschlagnahmt.

*

Die Arbeitsgemeinschaft der Interessenvertretungen für die Kriegs- und Notstandsgesetzgebung, zu der sich die Organisation der Kriegs- und Nachkriegsbeschädigten zusammengeschlossen haben, stimmte in ihrer gestrigen Versammlung in Berlin einer Entschließung zu, in der zum Beschluß der Einmarsch eines entgültigen Entschädigungsgesetzes gefordert und gegen die Abbröckelung des Entschädigungs- und Wiedergutmachungsverfahrens protestiert wurde. Ferner wurde verlangt, die Reichsregierung durch eine Erklärung des Hirtsiefers, durch Gewährung von Mittelstandskrediten und durch Gewährung von Kreditkäufe zu lindern.

*

Der Reichsfinanzminister hat sich bereiterklärt, die Vertreter einer Gruppe von deutschen Großbanken am Freitag der Woche zu empfangen. Es handelt sich bei diesen Besprechungen um den Antrag der Großbanken, eine Reichsgarantie für langfristig zu gebende Kredite zum Zwecke der Finanzierung großer deutscher Aufträgen an Großindustrie zu erwirken.

*

Die „Petit Parisien" berichtet über Verhandlungen der Generalkommission der Reparationskommission mit Vertretern der Ruhr und Vertretern Deutschlands, die für den 15. Februar vorgesehen sind. Die Reparationskommission hat in einer Note an die Regierungen Frankreichs, Belgiens, Großbritanniens und Italiens, Deutschlands und Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei, Rußlands und Japans mitgeteilt, daß England sich bis jetzt noch geweigert hat.

*

Der bekannte Dramatiker Walter Hasenclever ist gestern in Paris gestorben. Er ist 1890 in Aachen geboren und hat sich durch seine Dramen einen Namen gemacht. Er hat sich durch seine Dramen einen Namen gemacht. Er hat sich durch seine Dramen einen Namen gemacht. Er

Reform des Reichstagswahlrechts.

Wie wir hören, stehen im Reichsministerium des Innern die Vorarbeiten zu einem Wahlreformgesetzentwurf vor dem Abschluß.

Als Ziel ist die Abschaffung der Listenwahl, die Einführung der Persönlichkeitswahl, die Ausschaltung von Splitterparteien und die Erzielung möglichst klarer Mehrheitsverhältnisse angestrebt.

An dem Grundsatz der Verhältniswahl wird festgehalten, jedoch soll eine zweckmäßigere Verrechnung der Reststimmen erfolgen. Die großen Wahlkreise sollen durch kleinere, wahrscheinlich in der Zahl von 156, ersetzt werden. Voraussichtlich wird auf 70 000 Stimmen ein Reichstagsabgeordneter kommen, so daß im ganzen mit etwa 390 Reichstagsabgeordneten zu rechnen ist.

Das Wahlalter wird wahrscheinlich auf 21 Jahre heraufgesetzt werden. Die Vorlage soll dem Reichstag möglichst bald zugehen.

Selbsterkenntnis im Preußischen Landtag.

In der Sonnabendsitzung des Landtags erklärte der Finanzminister Höpker-Aschoff (Dem.) zu der Steigerung der Ausgaben gegenüber der Vorkriegszeit, daß jede Staatsverwaltung teurer und kostspieliger werde, wenn die Wirtschaft sich in einer Krisis befindet. Dazu käme für den Staat von heute eine Fülle neuer Ausgaben und ein großer Mehrbedarf an Beamten, einmal für die Einziehung der notgedrungen vervielfachten Steuern, dann aber auch für die Durchführung des Aufwertungsgesetzes, das eine große Zahl von Beamten allein für sich benötige. Dann müsse man bedenken, daß viele abgebaute Beamte auf Wartegeld gesetzt sind und daß das Altersgrenzengesetz den Staat mit erheblichen Mehrausgaben gegenüber früher belaste. So seien die erhöhten Personalausgaben durchaus zwangsläufig.

(Sehr richtig, Herr Finanzminister. Aber warum haben eigentlich die seit 1918 in Preußen regierenden Linksparteien eine so kostspielige Vergeudungspolitik getrieben, daß heute Staat, Wirtschaft und Volk darunter zusammenbrechen? Das ist es ja gerade, was wir von der Rechten behaupten: daß Ihr neuen Beherrscher Preußens nicht regieren könnt, sondern das Land ruiniert.)

Abg. Heilmann (Soz.) meinte, daß wir zum wirtschaftlichen Wiederaufbau eine europäische wirtschaftliche Verständigung und möglichst klare Friedenssicherung brauchten. Könnten wir durch Eintritt in den Völkerbund, Handelsvertragspolitik usw. nicht aus der Krise herauskommen, würde dieser Staat zusammenbrechen und die Kommunisten würden die Erben sein.

*

Die Weisheit des Herrn Heilmann ist noch tiefsinniger als die des demokratischen Finanzministers. Also „europäische wirtschaftliche Verständigung", „möglichst klare Friedenssicherung" sind die Voraussetzungen dafür, daß wir aus der Krise herauskommen? Wenn das wahr ist, Herr Heilmann, dann kommen wir aus der Krisis ganz bestimmt nicht rechtzeitig heraus; denn an den baldigen Eintritt dieser Ihrer Voraussetzungen kann leider im Ernst niemand glauben. Und wenn wir nicht herauskommen, bricht der Staat zusammen und wird von den Kommunisten beerbt? Das also ist der Erfolg und das Ende der sozialistischen Weisheit, die zusammen mit Demokraten und Zentrum seit 7 Jahren in Preußen regiert?

Ein traurigeres Armuts- und Unfähigkeitszeugnis hätten Sie Ihrer Partei gar nicht ausstellen können, Herr Heilmann. Aber nun treten Sie wenigstens endlich ab von der Regierungsbühne, Sie und die anderen Genossen der Unfähigkeit, damit der vom Zusammenbruch bedrohte Staat und das durch Sie immer tiefer verelendende Volk in letzter Stunde gerettet werden können.

Oesterreichs Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise.

(Von unserem Wiener Berichterstatter.)

Seit Wochen steht in Oesterreich die Frage obenan, wie die wirtschaftliche Krise, die sich nicht zuletzt in der rapid ansteigenden Arbeitslosigkeit kundgibt, eingedämmt werden könnte. Es sind eine Reihe von Vorschlägen und verschiedene Wirtschaftsprogramme entworfen worden, ohne daß bisher ein Weg gefunden worden wäre, der die Interessen der Privatwirtschaft und des Staates in dieser Frage vereint. Der neue Finanzminister Josef Kollmann macht nunmehr den Versuch, vorläufig dem wichtigsten Problem in Oesterreich, der Arbeitslosigkeit, an den Leib zu rücken.

Als ein praktischer Mann der Wirtschaft sucht Kollmann zunächst das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, indem er vier Maßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit ankündigt: Zurückführung der früher in der Landwirtschaft tätigen und zur Industrie abgewanderten Arbeitskräfte in ihre alte Beschäftigung, Ansiedlung österreichischer Arbeitslosser in Rußland durch Auszahlung einer einmaligen Abfindung aus den Geldern der Arbeitslosenfürsorge, möglichste Belebung der Bautätigkeit durch Beitragsleistungen der produktiven Arbeitslosenfürsorge und raschester Beginn der im Budget 1926 vorgesehenen Investitionen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel.

Diese Aktion des neuen Finanzministers findet denn auch angesichts der Tatsache, daß es die schwärzeste Sorge der Wirtschaft gilt, allgemeine Zustimmung, wenn man sich auch hierbei darüber nicht im Unklaren ist, daß die Grundursachen der schwersten österreichischen Krankheit, der Arbeitslosigkeit, nicht innerhalb der österreichischen Grenzen, sondern in erster Linie in der Handelspolitik der Nachbarstaaten liegen. Finanzminister Kollmann machte auch Mitteilungen über die Lage der österreichischen Staatswirtschaft und stellte fest, daß das Jahr 1925 einen Ueberschuß von 12 Millionen Schilling bringen werde. Diese günstigen Ergebnisse sind eine Folge der guten Entwicklung der Staatseinnahmen, da man aber angesichts der Wirtschaftslage mit Rückgängen der Steuereinnahmen rechnen muß, so will Finanzminister Kollmann die Ersparungspolitik auf das strengste fortsetzen. Der Finanzminister kündigt auch eine Milderung des Steuerdruckes und eine Vereinfachung des Abgabensystems an und bestätigte gleichzeitig die im Umlauf gewesenen Nachrichten über eine teilweise Revision des österreichischen Zolltarifs.

Finanzminister Kollmann stellt hierzu fest, daß infolge der Zollerhöhungen in anderen Ländern der österreichische Zolltarif tatsächlich in manchen Beziehungen unzureichend geworden ist und die Ueberprüfung einzelner Positionen notwendig sei, um die Inlandsproduktion mit dem vollen gesetzlichen Zollschutz zu sichern. Der Finanzminister betonte schließlich, daß die Regierung nach wie vor nebst der Erhaltung des Gleichgewichtes im Budget auf die Aufrechterhaltung der Stabilisierung der Währung bedacht sein werde. Schließlich kündigte Finanzminister Kollmann eine Herabsetzung der Bankrate in absehbarer Zeit an. Die Ausnahme, die die erste Rede des neuen Finanzministers hier findet, ist eine durchwegs gute und die Wiener Presse sieht in dem neuen Leiter des Finanzministeriums einen praktischen Mann der Wirtschaft, der mit Sachlichkeit an eine Arbeit heranrittt, die um so verantwortlicher ist, als der Leiter der österreichischen Staatswirtschaft mit 1926 in eine neue Zeit eintritt ohne Völkerbundskontrolle.

*

Ein Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokraten.

Die maßgebenden Vertreter der österreichischen sozialdemokratischen Partei sind dieser Tage unter Führung des Bürgermeisters von Wien, Seitz, beim Bundeskanzler Dr. Ramek erschienen und überreichten ihm ein Schriftstück mit 14 Fragen, deren Beantwortung die Abordnung in möglichst kurzer Zeit verlangt. Es handelt sich hierbei um eine Zusammenfassung des großen Wirtschaftsprogrammes, das die sozialdemokratische Partei fast gleichzeitig mit dem Programm der Steiermärker verkündet und zu dem die österreichische Regierung bisher nicht Stellung genommen hat. Die in dem Schriftstück aufgestellten Forderungen der sozialdemokratischen Partei lauten:

Eine Konferenz soll einbrufen werden, die über Maßregeln zur Förderung des österreichischen Exports nach Sowjetrußland beraten soll. Die Banken sollen zur Ermäßigung ihrer Konditionen und zum Abbau ihres Direktionsapparates verhalten werden. Auch soll eine Sanierungsstelle errichtet werden. Weiter wird eine beschleunigte Vergebung aller öffentlichen Arbeiten und Lieferungen und ein beschleuniger Bau der Anschlußbahnen im Burgenland verlangt.

Für den Straßenbau sollen die Mittel der produktiven Arbeitslosenfürsorge beigestellt werden. Die Lieferungsverordnung soll novelliert und ein Gesetz vorgelegt werden, welches die Regierung ermächtigt, Privatunternehmungen unter bestimmten Voraussetzungen Mittel der produktiven Arbeitslosenfürsorge beizustellen. Die Regierung möge Erhebungen darüber anstellen, in welchen Branchen durch die produktive Arbeitslosenfürsorge eine wesentliche Vergrößerung des Standes von Arbeitern und Angestellten ermöglicht würde.

Sodann wird ein Kartellgesetz und eine Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz verlangt, durch welch letztere der Bund mindestens ein Drittel dieser Versicherung auf sich nimmt und ihn durch Zwecksteuern deckt. Das Wohnungsanforderungsgesetz soll wiederhergestellt und der Wohnungs- und Siedlungsfonds reicher dotiert werden. Die Bundesländer sollen verhalten werden, die Erträgnisse der Gebäudesteuern dem Wohnungsbau zu widmen.

Ferner werden verlangt ein Industrieförderungsgesetz, die Errichtung eines Freihafens (Zollausschußgebietes) in Wien, die Abschließung von Freizügigkeitsverträgen und die Gewährung von Reise- und Zehrgeldern zur Erleichterung der Auswanderung, Maßnahmen gegen die Verdrängung inländischer Arbeiter auf den Gutshöfen durch ausländische, und eine Novelle zum Reichsvolksschulgesetz, durch welches bis zum Jahre 1930 die Schulpflicht bis zum fünfzehnten Lebensjahr verlängert und die Aufnahme von jüngeren Lehrlingen und Arbeitern verboten wird.

Die letzte Frage betrifft die Verwirklichung der Alters- und Invaliditätsversicherung und die Erlassung von Uebergangsbestimmungen, durch welche die Alters- und Invalidenrenten den heute schon alten und invaliden Arbeitern ohne Wartezeit gewährt werden.

In diesem Programm der österreichischen Sozialisten liegt soviel Vernünftigkeit und ernster Wille, wirklich zu helfen, daß die rein demagogische, aller positiven Vorschläge und des ernsten Willens, zu helfen, entbehrende Politik unserer deutschen Sozialdemokraten um so mehr enttäuschen muß.

*

In seiner Antwort führte Bundeskanzler Dr Ramek u. a. aus, zur Forderung des Exports Oesterreichs in die Sowjetunion werde demnächst eine Konferenz einberufen werden. Eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Industrie, so auch das Projekt eines Freihafens wird geprüft. Für die Freizügigkeit und Erleichterung der Ausfuhr sind mit mehreren Staaten Vereinbarungen getroffen bzw. in Aussicht genommen worden. Können sich diese in Deutschland zurzeit wegen der dortigen Arbeitslosigkeit nicht entsprechend auswirken, so stehen dafür mit Frankreich erfolgreiche Verhandlungen bevor.

Die Regierung fördert auch das Projekt der Gründung einer landwirtschaftlichen Kolonie arbeitsloser Kriegsteilnehmer und verhindert die Verdrängung inländischer Arbeiter durch Ausländer. Eine Verringerung der Schulpflicht kann die Regierung nicht in Aussicht nehmen. Der Bundeskanzler erklärte weiter, daß auf die Behandlung der Regierungsvorlage über die Reform des Mietenrechts nicht verzichtet werden könne.

Zur Südtiroler Frage.

Die italienische Regierung hat ein Dekret erlassen, wonach konzessionspflichtige Gewerbe durch Ausländer innerhalb einer Zone von 30 Kilometern von der Landesgrenze im öffentlichen Interesse verboten werden können. Wie wir dazu von unterrichteter Stelle hören, handelt es sich wirklich nur um eine Kann-Vorschrift, und außerdem erstreckt sich das Dekret nicht allein auf Südtirol, sondern auf alle Landesgrenzen. — Die deutschen Abgeordneten in Südtirol Kienzl und Baron von Sternbach veröffentlichen eine Erklärung, wonach sie dem deutschen Aufruf aus deutschen Kreisen zur Vermeidung des Reisebesuches in Italien vollkommen fernstehen; sie erklären, daß dadurch die Deutschen in Italien wirtschaftlich geschädigt werden könnten.

*

In Genua veranstalteten Studenten eine Kundgebung gegen das deutsche Konsulat. Sie versuchten in das Konsulat einzudringen, wurden aber von einer Truppenabteilung zurückgedrängt. Auch in Rom durchzogen am Sonnabend wiederum Studenten die Straßen. Sie trugen ein Plakat mit der Aufschrift „Nieder mit Deutschland".

Der italienische faschistische Rat hat alle faschistischen Südtirolerinnen und Nichtsüdtirolerinnen aufgefordert, keine Veranlassung zu deutschfeindlichen Kundgebungen zu geben oder sich an solchen zu beteiligen.

*

Aus Berlin wird gemeldet: In einer Anzahl Ladengeschäften des Westens steht man seit gestern Anschläge, die das Publikum auffordern, keine italienischen Waren mehr zu kaufen. Gleichzeitig haben diese Geschäfte den Verkauf von Landesprodukten aus Italien eingestellt.

In Wien haben sich 160 Vereine zusammengeschlossen, um unter ihren Mitgliedern bis zur Gewährung der kulturellen Autonomie und der Pressefreiheit an Südtirol eine Boykottbewegung gegen Italien zu organisieren. Die Vereinsmitglieder haben sich auch verpflichtet, auf ihren Urlaubsreisen Italien so lange zu meiden, bis die jüngsten italienischen Dekrete für Südtirol zurückgezogen werden.

Zu den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich.

Der Abg. Schlange-Schöningen (Dn.) hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die sich dagegen richtet, daß Gewächse des Garten- und Obstbaues zur Einfuhr nach Deutschland aus Frankreich zu erheblich ermäßigten Zollsätzen eingeführt werden dürfen. Die Frankeninflation Maube es Frankreich schon jetzt, die deutschen Märkte mit Schleuderpreisen zu überfluten. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie auf die schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft keine Rücksicht zu nehmen gewillt ist und wie sie die etwa geplanten Maßnahmen zu rechtfertigen gedenke.

Der holländische „Courant" meldet aus London: Die englischen Mitglieder der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin haben die Verlängerung ihrer Vollmachten bis 31. Mai erhalten.

Die Londoner „Times" melden, daß am 1. Februar die englische Besatzungsarmee in Deutschland um ein Bataillon vermindert wird.

*

Die Londoner „Daily Chronicle" meldet: Die englische Arbeiterpartei hat im Unterhaus einen Antrag eingebracht, der die Sveiserfreiheit für alle Briten mit einem Jahreseinkommen unter 600 Schilling fordert.

*

Wie die Londoner „Times" aus Neuyork meldet, erleben mexikanische Werte an der Neuyorker Börse einen starken Kurssturz. Die Neuyorker Börse rechnet mit ernsten Auseinandersetzungen zwischen der Union und Mexiko. Staatssekretär Kellog erklärte im Senat: Wenn Mexiko zu keiner Auseinandersetzung mit uns bereit ist, müssen wir mit gleichen Ansiedlungsverboten antworten und die diplomatischen Beziehungen mit dem Nachbarstaat sistieren.

Wimmelndes, lärmendes Rom.

Heute wie einst.

Von Gustav W. Eberlein (Rom).

„Rom muß in alter Pracht auferstehen. Binnen 5 Jahren muß man von der Säule des Marc Aurel aus das Pantheon sehen. Der Cirkus maximum ist auszugraben. Ich will im nächsten Sommer auf dem Forum des Augustus stehen!"

Also beschließt Mussolini, und der erste Gouverneur des neuen Stadtstaates Rom beeilt sich, die cäsarischen Weisungen auszuführen. Eines aber hat Rom aeterna, das ewige Rom, schon vor dem Faschismus zurückgewonnen: den Ruf, die lärmendste Stadt des Erdkreises zu sein. In englischen und amerikanischen Reiseführern kann man bereits Warnungen für nicht ganz Nervenfeste lesen, es gibt Leute, die nach der ersten Nacht ihrem Hotel samt dem Tiber den Rücken kehren und gegen ihre romlustigen Freunde beschwörend die Hände heben: Quo vadis?

Auf diesem Gebiete noch weiter auszugraben hat unser Pippo, wie der Ostdeutschalbe, den man anderswo Bürgermeister heißt, im Volke genannt wird, gottlob nicht den Ehrgeiz. Er will sogar, angestachelt durch den Zeitungslärm, den irrsinnig kreisenden und kreischenden Hexenkessel bremsen. Bis zum 1. Februar müssen beispielsweise sämtliche Automobilhupen auf 176 Schwingungen zurückgeschraubt sein.

Hat das ewige Rom nicht Grund zu lächeln? Es besteht ja nicht nur aus einem Hexenkessel, sondern aus so vielen, als sich durch die Aneinanderreihung von etwa zwölf Hügeln ergeben. Die sieben Hügel gehören zwar zum eisernen Bestandteil jedes römischen Feuilletons, aber deswegen stimmt die Rechnung noch lange nicht. In früheren Zeiten mögen nur sieben bebaut gewesen sein, heute leben die Straßenzungen schon über den Monte Mario und die Tiberhöhen des Monteverde.

Nun vergleichen die Naturdichter gern die italienische Hauptstadt mit anderen Metropolen, und der römische Automobilklub hat das Verkehrsproblem in diesem Sinne sehr einfach gelöst. Man erhöhe einfach die Geschwindigkeit auf 50 und 60 Kilometer und merze dafür alle vorsintflutlichen Gefährte, wie Pferdeddroschken und Fahrräder, aus. Dem guten Fußgänger verschlug es zunächst die Rede. Er stammelte bloß die Frage, ob er denn nicht schon genug überfahren sei. Nichts zu machen, Mussolini rast auch, wenn er am Steuer sitzt.

Da erbarmte sich einer, der Paris und Berlin aus eigener Anschauung kennt. Anderswo gibt es, sagt und schreibt dieser Ketzer wörtlich in der Zeitung, drei und fünf Meter breite Gehsteige, in der römischen Altstadt dagegen fehlen sie gänzlich. Anderswo sind die Straßen breit, flach und glatt, in Rom dagegen schmal, hügelig und bucklig. Anderswo gibt es Untergrundbahnen, in Rom wäre man schon über einen freien Platz in der Straßenbahn froh.

Aber so einfach ist das nicht. Das Gedränge ist hier erblich. Schon das einstige kaiserliche Rom des Altertums war dem Umfang nach mindestens vier- bis fünfmal größer als das heutige, seine Einwohnerzahl betrug gegen zwei Millionen, also das Doppelte der gegenwärtigen Bevölkerung. Die Tiberstadt war die Weltstadt, keine andere kam ihr an Pracht und Verkehr nur im entferntesten nahe. Jener „Cirkus maximus", auf dem zur Stunde noch die ausgewaschenen Gaswerke stehen, faßte über dreihunderttausend Zuschauer. Das slavische Lugenthenter gegen achtzigtausend, die kleineren daneben zwischen zwanzig- und dreißigtausend.

Im Angesicht der Kaiserforen und Triumphbögen, der zahllosen Tempel und Gerichtshallen und Mausoleen, vor dem blendenden Marmor, in den riesigen Säulenwäldern erstarrt auch auf den Lippen exotischer Gäste das „Nil admirari". (Nichts bewundern!) Schiff auf Schiff, Karawane auf Karawane wälzte sich der Fremdenstrom nach Rom, erhöhte die amtliche Einwohnerzahl ins Phantastische. Und auf jeden Lebenden zählte man eine Statue.

Als Konstantin zum erstenmal seinen Fuß auf die Achse des Weltreiches setzte, beraubte ihn die gewaltige Schönheit der Stadt, übermältigte ihn aber das ungeheuerliche Menschengewimmel. In Ameisenschwärmen ergoß es sich schon in den frühen Morgenstunden in die Thermen, von denen diejenigen des Diokletian mehr als das ganze heutige Bahnhofsterrain bedeckten. Und solcher Bäderanlagen zählte man wohl ein Dutzend, ganz zu schweigen von den mittleren „Etablissements". Schwimmhallen, Bibliotheken, Lesesäle, Sportplätze, Schönheitssalons, Kunstausstellungen, alles, alles in den Thermen. (Das heutige Rom kennt nicht eine einzige bescheidene Schwimmhalle.)

Unaufhörlich wie der Tiber wälzte sich der kosmopolitische Strom durch die Straßen, die allen Tugenden und allen Lastern offenstanden. Großindustrielle, Mitgiftjäger, Charlatane, Diebe und Priester, Vestalinnen und Hetären, Krämer und Künstler, das wogte durcheinander wie Orient und Okzident, Elefanten und Wildesel, Griechen, Germanen, Nubier Aegypter, Perser, Herren und Sklaven. Das trieb die Preise in die Höhe, das brachte den Verkehr zum Stocken, die Nervösen zur Verzweiflung.

Die Wohnungen kosten vier- und sechsmal soviel wie in der Provinz. „Geh' nicht nach Rom, mein Sohn, ich rate Dir gut!" Aber der junge Mann erklärte, anderswo könne man unmöglich mit Anstand studieren. Der Kärtner wollte den Palatin erkrozen. Die leichtgeschürzten Mädchen wollten lieber auf der Via Flaminia sterben, dem heutigen Corso, als in Frutino eine Villa haben. Wo wären die Götter hilfreicher gewesen? Wo könnte man seine Lungenkraft als Ausschreier, Börsenmakler, Kutscher, Dienstmann oder Wundarzt besser austoben?

Ja, aber die Polizei, die Verkehrspolizei?!

Hatte nichts zu tun; denn das Menschengewühl war so dicht, daß sich jeder Wagen von selber verbot. Vornehme ließen sich tragen. In Sänften. Nachts freilich —

Nachts war es gerade umgekehrt. Die Uebeln hoben, ganz wie heute, die Hand zum Zeichen, daß die Bahn frei sei. Und die Räder quietten los wie eine Herde Schweine. Hochkonjunktur für alle, die Grund haben, sich in den Mantel der Nacht zu hüllen. Eigentümliche Signalschreie der wohlorganisierten Herren Diebe mischen sich in die Serenaden der Verliebten. Die goldene Jugend weiß sich nichts Besseres als die Anordnung und Undisziplin. Achtung, da regnet es Dachziegel! Sehen Sie die Frau an der Ecke der Basilika? Ihre Majestät, Messalina — der Kerl dort in der Kneipe führt ihr zu, was ihm unter die Hände kommt, ausgehungerte Matrosen, Athleten, Gladiatoren, Spieler, Räuber ...

Wieder ein Hagel von zweifelhaften Gesängen und Tonscherben aus den Fenstern Schlafloser. Aber die ausgelassenen Bummler rächen sich, indem sie jeden einsamen Passanten aufgreifen, auf einem als Sprungtuch benutzten Mantel in die Luft wirbeln und dann weidlich verprügeln.

Das Auge des Gesetzes schläft. Keine Liktoren weit und breit. Das nächtliche Rom amüsiert sich, indem es lärmt ...

Das mussolinische Rom amüsiert sich, indem es lärmt. Eine schon ziemlich alte Gewohnheit also. Ob sie sich mit der Festlegung der Autohupen auf 176 Schwingungen ausrotten läßt?

Von fünfundsiebzig Menschen unter hundert
Wird statt des Kerns der äußre Schein bewundert.
Wie unbekümmert sie durchs Leben schwanken,
Arm an Gefühl, -- nicht reicher an Gedanken!
Sie reden einen Schwall von Richtigkeiten,
Sind immer nur vom letzten Tag belehrt
Und wagen nicht, auf eig'ne Faust zu schreiten,
Sie opfern nicht, sind keines Opfers wert.
Von ihnen sagt die Nachwelt ohn' Verlangen:
„Sie kamen — wurden alt — und sind gegangen."

O. L. B.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260202019/fragment/page=0002